

Institutionelle Resilienz von Parlamenten – ein wirksamer Beitrag zur Extremismusprävention?

Thorsten Winkelmann und Lena Bräuning

1. Extremismusprävention im Parlament

Während in der Vergangenheit insbesondere der Auf- und Ausbau von Verfassungsschutzbehörden sowie mögliche Parteienverbote im Mittelpunkt der Extremismusprävention standen, richtet sich gegenwärtig der Blick vermehrt auf die konstitutionellen Grundlagen. Maßgeblich initiiert wurde diese paradigmatische Wende durch das „Forschungsprojekt zu Resilienz von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Deutschland“ im Vorfeld der Landtagswahl in Thüringen 2024 durch das staats- und verfassungsrechtlich ausgerichtete Online-Medium „Verfassungsblog“. Hintergrund war die Frage, „welche Spielräume eine autoritär-populistische Partei auf Landesebene hätte, um ihre Macht zum Schaden der Demokratie einzusetzen“ (Verfassungsblog 2024). Derartige Kräfte nutzen, so eine zentrale These, formal-legale Mittel zur Schwächung der Parlamente und der Justiz, was letztlich zum Abbau gewaltenteilender wie machtvorschränkender Mechanismen und damit zu einem autokratischen Regime führt. Daher sei die Resilienz zu stärken, hier

verstanden als Fähigkeit des demokratischen Systems, externe wie interne Störungen zu absorbieren und gleichzeitig seine Funktionsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Diesen Herausforderungen sucht der Bundestag durch unterschiedliche prozedurale und organisatorische Maßnahmen zu begegnen, d.h. Regeln, Rollen und Ressourcen sollen so gestaltet werden, dass demokratische Streitkultur möglich bleibt, ohne dass Verfahren und Infrastruktur systematisch gegen das Parlament selbst eingesetzt werden. Idealtypisch lassen sich die Problemlagen in drei Kategorien zusammenfassen:

- Prozedurale Obstruktion: Instrumente der Geschäftsordnung werden nicht zur Mitwirkung, sondern zur Lähmung parlamentarischer Abläufe genutzt.
- Diskursive Delegitimierung: Das Plenum dient als Bühne für eine strategisch eingesetzte Rhetorik mit dem Ziel, staatliche Institutionen systematisch in Frage zu stellen.
- Struktureller Ressourcenmissbrauch: Parlamentarische Mittel und Zugangsrechte werden zur Vernetzung und Stabilisierung verfassungsfeindlicher Milieus eingesetzt.



PD. Dr. Thorsten Winkelmann

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg



Lena Bräuning

Studentin der Politikwissenschaft und des Öffentlichen Rechts an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg